

# Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint werktags nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.  
Bezugspreis: Monatlich 3 Mark. Einzelne Nummern 15 Pf.  
Hauptredaktion: Geschäftsstelle Nr. 21296 — Schriftleitung Nr. 14574.  
Postfachamt Dresden Nr. 2486. — Stadtdirektion Dresden Nr. 140.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum 35 Pf., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 70 Pf., unter Einbezug 1 RR. Ermäßigung auf Geschäftsanzeigen, Familienanzeigen und Stellenangebote. — Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Beitragweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Verkaufsstelle von Lotterien auf den Staatsforstrevieren.  
Verantwortlich für die Redaktion: Hauptredakteur Karl Wetke in Röhren-Postenau.

Nr. 285

Dresden, Freitag, 7. Dezember

1928

## Der Reichspräsident an Bundespräsident Miklas.

Präsident v. Hindenburg hat an den neugewählten österreichischen Bundespräsidenten Miklas ein nachstehendes Telegramm geschickt:  
Dem Bundespräsidenten der Republik Österreich, Herrn Wilhelm Miklas, Wien! Zu der Übernahme Ihres hohen Amtes als Bundespräsident der Republik Österreich bitte ich Sie, meine und des deutschen Volkes herzlichste Wünsche entgegenzunehmen. Möge Ihre Amtsführung dem österreichischen Brudervolke, an dessen Gedeihen Deutschland den innigsten Anteil nimmt, zum Glück und Segen gereichen.  
Reichspräsident v. Hindenburg.

## Noch Fortsetzung der deutsch-polnischen Verhandlungen.

Warschau, 7. Dezember.  
Wider Erwarten hat Reichsminister A. D. Hermeß, der Führer der deutschen Handelsvertragsdelegation, seine Rückreise nach Berlin zunächst verschoben. Die Verhandlungen gehen also vorläufig weiter. Das Verbleiben Dr. Hermeß' in Warschau ist darauf zurückzuführen, daß bereits vorgefertigt das polnische Abkommen zu den neuen Vorschlägen von Dr. Hermeß Stellung genommen hat und die an den Handelsvertragsverhandlungen beteiligten polnischen Ressorts zumutlich die Besprechungen mit dem deutschen Delegationsführer fortgesetzt haben. In einem Teil der Presse wird behauptet, daß Hermeß die Erneuerung des deutsch-polnischen Handelsvertrages abgelehnt habe, was von Seiten mit neuen Verhandlungen für die deutsche Ansicht beantwortet werden soll. Diese Differenzen werden voraussichtlich jedoch nicht zu einem neuen Abbruch der Verhandlungen führen, da, wie aus gut unterrichteter Quelle verlautet, die deutschen Vorschläge, die Dr. Hermeß ab Berlin mitgebracht hat, für Polen durchaus annehmbar sind. Das bezieht sich vor allem auf die Frage der kontingentierten freien Ausfuhr polnischer Schweine nach Deutschland. Die deutschen Vorschläge sollen den polnischen Wünschen weiter entgegenkommen, als es seinerzeit in dem bekannten Genfer Abkommen zwischen Stresemann und dem polnischen Bevollmächtigten Jozefski vereinbart worden war. Sie gehen in der Hauptsache um Verhandlungen zwischen den Vertretern des polnischen Viehwirtschaftsministeriums und einer deutschen Abnahmeorganisation, der alle deutschen Interessenten angehören, zu. Danach verpflichtet sich Deutschland, lebende Schweine in einer Menge abzunehmen, die nach dem bisherigen Verhandlungsverlauf von Polen als ausreichend angesehen werden müßte und die die Kapazität des polnischen Schweinehandels bis zur äußersten Grenze ausnützt. Weiterweit Deutschland den Polen damit entgegenkommen ist, geht allein aus der Tatsache hervor, daß schon die bisher von Deutschland übernommenen Abnahmeverpflichtungen einen Wert von mehr als 150 Mill. M. jährlich haben.

## Die Verhandlungen des rumänischen Arbeitsministers in Berlin.

Berlin, 7. Dezember.  
Der rumänische Arbeitsminister Raducanu, der sich seit einigen Tagen in Berlin aufgehalten hat, ist gestern abend nach Bukarest zurückgekehrt. Bei den hiesigen Verhandlungen des rumänischen Arbeitsministers mit der deutschen Reichsregierung ist zunächst Einigkeit darüber festgestellt worden, daß das am 10. November 1928 unterzeichnete bekannte Abkommen zwischen Deutschland und Rumänien zur Beilegung der finanziellen Meinungsverschiedenheiten von beiden Seiten sobald als möglich ratifiziert werden soll. Bei dieser Gelegenheit sind in dem Text dieses Abkommens einige Klarstellungen und Ergänzungen vorgenommen worden.

Minister Raducanu hat während seiner Anwesenheit auch mit einer deutschen Bankengruppe Verhandlungen geführt mit dem Ziele, die Rumänen in dem Abkommen vom 10. November bezüglichen Zahlungen schon vor den in dem Abkommen vorgesehenen Fälligkeitsterminen flüssig zu machen. Auch bei diesen Verhandlungen ist eine Verständigung erzielt worden.

## Poincaré und Briand zur Reparationsfrage.

Paris, 7. Dezember.  
Vor dem Ausdrütigen Ausschuss der Kammer sind gestern nachmittags Ministerpräsident Poincaré und Minister des Äußeren Briand erschienen, die, wie das nach der Sitzung verbreitete Kommuniqué besagt, den Willen der Regierung bezeugen, sich für eine vollständige, definitive Liquidierung des Reparationsproblems einzusetzen. Sie haben unterstrichen, daß die gegenwärtige Phase der Verhandlungen, deren allgemeiner Gang durch das in Genf im September aufgeführte Protokoll geregelt bleibt, rein sachverständigen Charakter trägt. Bei den Unterredungen, die bisher zwischen Frankreich und den ehemals alliierten Ländern bzw. zwischen Frankreich und Deutschland stattgefunden haben, ist besonders auf den Wunsch Deutschlands hin verhandelt worden, daß die unabhängigen Sachverständigen keine die Regierungsbindenden Entscheidungen treffen könnten. Es werde also Sache der Regierungen sein, wenn die vorausgehende Sachverständigenarbeit abgeschlossen sein wird, darüber zu urteilen, ob die Schlussfolgerungen der Sachverständigen es erlauben, daß die politischen Verhandlungen in eine neue Phase treten. Der Ministerpräsident und der Außenminister haben ihre auf präzisem Fundament begründete Überzeugung zum Ausdruck gebracht, daß die Verhandlungen in einem Geiste der Verständigung und des guten Willens eingeleitet werden würden, die die beste Hoffnung auf einen guten Abschluß erlaubten.

In einer Erklärung der Agentur Havas über diese Sitzung des Ausdrütigen Ausschusses wird noch berichtet, daß der Vortrag der beiden Minister etwa zwei Stunden dauerte. Ministerpräsident Poincaré habe genau die Lösungen aneinandergelegt, die ins Auge gefaßt werden könnten, und die seitens der Regierung als geeignet erachtet würden, zu dem gesuchten Ergebnis zu führen. Er habe gezeigt, wie die Regelung des Reparationsproblems eng verbunden sei mit der Prosperität des Landes und somit mit dem seit 1926 begonnenen Sanierungswerk, dessen Fortführung die Regelung des Reparationsproblems sein würde. Die Angaben Poincarés, die durch den Minister des Äußeren Briand, der mehrmals das Wort ergriß, unterstützt bzw. vernehmlicht worden seien, hätten die vollkommene Übereinstimmung der Ansichten der beiden Minister gezeigt. Bezüglich ein Mitglieds des Ausschusses, der frühere französische Delegierte in der Reparationskommission, Dubois, soll einige Vorbehalte gemacht haben, aber alle anderen Annahmen dagegen, von den Sozialisten bis zu den Konfessionellen, sollen der

von Poincaré und Briand vorgelegten Auffassung vollkommen zugestimmt haben. Nebenher und in Beantwortung von Anfragen sei auch das Problem der Kriegsschulden berührt worden, dessen Lösung von dem der Reparationen vollkommen unabhängig sei, und dessen außenpolitische, innenpolitische und parlamentarische Schwierigkeiten die Regierung keineswegs verkenne. Es scheine nach dem Meinungsaustausch innerhalb des Ausschusses, daß das Problem der interalliierten Schulden nicht vor Regelung des Reparationsproblems in Angriff genommen werden könne, und daß keinerlei Verbindung a priori zwischen diesen beiden auf verschiedenen Gebieten aufgeworfenen Fragen bestehe.

## Annahme des französischen Marinebudgets.

Paris, 7. Dezember.  
Die Kammer hat in einer Nachtigung das Budget des Marineministeriums, das gestern nachmittags in Angriff genommen worden war, verabschiedet. Aus den Ausführungen des Berichterstatters für das Marinebudget ergibt sich, daß 1914 die Summe von 641 Millionen Franken im das Budget eingestellt war, 1923 dagegen 2529 Millionen. Von der Zahl für 1914 seien 128 Millionen für Neubauten bestimmt gewesen, 1929 dagegen rund 1 Milliarde, so daß, wie der Berichterstatter erklärte, unter Berücksichtigung der Wertminderung die Kredite für die Kriegsmarine gegen 1924 um 23 Prozent zurückgegangen seien. Der sozialistische Abgeordnete Goude bestritt das, und forderte anstatt des Baus von 10 000-Tonnen-Kreuzern, die 175 Millionen kosteten, den Bau von 10 U-Booten zu je 600 Tonnen, da diese außerdem nur 360 Mann Besatzung statt 600 erforderlich machten. Weiter sprach sich der Abgeordnete gegen die Kreuzer aus, die für die Flottenverteidigung wertlos seien und unnötiges Geld verschlangen, auf die und andere ähnliche Angriffe von kommunistischer Seite erklärte Marineminister Leygues, daß die Kredite für die Kriegsmarine um 26 Prozent gegenüber 1914 zurückgegangen seien und der Flottenbestand gegenüber 1914 um 40 000 Tonnen geringer sei. Dieser Bestand müsse jedoch aufrechterhalten werden, weil er unerlässlich sei, u. a. auch für die Sicherung der Verbindungswege Frankreichs mit seinen Kolonien. Leygues behauptete genau wie Poincaré beim Haushaltsbudget, daß kein Widerspruch bestehe zwischen den Ausgaben für die Kriegsmarine und der von Frankreich in Genf betriebenen Friedenspolitik.

## Eine Entschließung über den Bestand des Staates Bayern.

München, 7. Dezember.  
Die Koalitionsparteien und die Nationalsozialisten haben im Bayerischen Landtag eine Entschließung eingebracht, worin der Bayerische Landtag seinen Entschluß kundgibt, am Bestand des Staates Bayern festzuhalten und alles zu tun, um die dem Staate Bayern nach Verfassung und Verträgen zustehenden Rechte zu wahren, weil damit am besten dem inneren Zusammenhalt des Reiches und der Zukunft des deutschen Volkes gebient werde. Abgeordneter Kiermann erklärte, die sozialdemokratische Fraktion lehne Versuche ab, durch Kündigung bestehender Rechtsverhältnisse und Wegnahme eines Teil Deutschlands auszuweichen und auch die Reichsboden, mit denen man letztlich im Landtag verhandelt habe, die Belange Bayerns gegenüber dem übrigen Deutschland zu wahren. Sie lehne es deshalb ab, der Entschließung beizutreten. Auch die kommunistische Fraktion ließ erklären, daß sie die Entschließung ablehne. Für die Deutsche Volkspartei führte Abgeordneter Burger aus: Wir

werden die bayerische Regierung unterstützen, wenn sie die Selbständigkeit Bayerns wahrt, aber jeder Versuch, den Staat gegen das Reich auszuspielen, schädigt den inneren Frieden des Reiches und seine Entwicklung. Die Entschließung wurde mit 68 gegen 4 Stimmen bei 32 Stimmenthaltungen angenommen. Der Stimme enthielten sich die Sozialdemokraten und die Deutsche Volkspartei, dagegen stimmten nur die Kommunisten.

## Die Sonderzahlungen an die österreichischen Bundesangehörigen.

Wien, 7. Dezember.  
In der mit Spannung erwarteten Sitzung des Budgetausschusses des Nationalrates wurde heute nach längerer, teilweise stürmischer Debatte, die Regierungsvorlage betreffend die Sonderzahlungen an die Bundesangehörigen unverändert angenommen. Der Finanzminister erklärte, daß angesichts der wirtschaftlichen Verhältnisse vieler Bundesangehöriger die jetzigen Jugendbills eine volle Befriedigung der Beamtenschaft allerdings nicht hervorufen würden. Die endgültige Entscheidung über die Regierungsvorlage bleibt dem Plenum des Nationalrates vorbehalten.

## Der neue Bundespräsident von Oesterreich.

Krise in der Regierungskoalition.

Wien, 5. Dezember.  
Das Intrigenpiel, das dieser Wahl voranging war bei Gott nichts weniger als erstreckt. Es entsprach aber vor allem auch nicht jenem Minimum an Würde, das man doch selbst in diesem von Parteilämpfen zermürbten und zeitigen Österreich wenigstens bei solchem Anlaß hätte voraussetzen können. Denn darüber kommt man doch wohl auch beim besten Willen und bei aller Rücksicht nicht hinweg: Der Ausgang dieser Wahl schafft keine Freude und er trägt nichts dazu bei, den Mann populär zu machen, der jetzt vier Jahre lang das Oberhaupt der Republik sein soll. Schon deshalb nicht, weil ihm doch nur eine Mindertzeit dazu Erlaßt hat.

Man hat drei Wahlgänge gebraucht, um dieses Resultat zu erzielen, und zum Schluß stellte sich dann heraus, daß es eigentlich niemand gewollt hatte. Denn der Gedankengang, der in der Bundesversammlung die einzelnen Parteien je nach ihrer politischen Einstellung beherriichte, war ja doch überall ein ganz anderer gewesen. Die Christlich-Sozialen wünschten sich zuerst eine Verfassungsänderung, um dem Präsidenten der Republik auch eine gewisse politische Machtstellung einzuräumen und sie fanden dabei die willige Unterstützung der zwei kleinen Koalitionsparteien, der Großdeutschen und der Landbäuer. Sie wollten diese Erweiterung der Machtbefugnisse auch mit irgendwelchen demokratischen Äußerlichkeiten versehen. Die Wahl sollte in Zukunft durch das Volk selbst erfolgen, und bis zur Durchführung einer solchen Verfassungsreform hätte man schließlich die Funktiondauer des Dr. Poincaré noch um ein Jahr verlängert. Darüber aber konnte doch niemand im Zweifel sein, daß der kommende Bundespräsident immer nur Dr. Ignaz Seipel geheißen hätte und so war es eigentlich von vornherein vorauszusetzen, daß die Sozialdemokraten eine Verfassungsänderung ablehnen müßten, die zunächst nur ihren schärfsten Gegner zugute kommen sollte. Die sofortige Wahl eines christlichsozialen Parteipolitikers aber glaubten wieder die Großdeutschen und die Landbäuer aus — wie sagt man nur schnell? — Prellgründen ablehnen zu müssen, und so ergab sich die große Krise innerhalb der Regierungskoalition, die sich später fast von Stunde zu Stunde schärfte. Daß die Landbäuer am Tage vor der Wahl auf den Einfall kamen, sich für ihre Auffassung bei der Opposition einen Bundesgenossen zu suchen, war dann schon fast der völlige Bruch innerhalb der Koalitionsparteien. Rettungsklos verfahren schien die Situation aber erst durch die auffällige Bereitwilligkeit der Sozialdemokraten, die Funktiondauer Dr. Poincaré' — ohne sonstige Erweiterung seiner verfassungsmäßigen Rechte — auf weitere vier Jahre zu verlängern und dem gegenwärtigen Bundespräsidenten zuliebe diese einfache Verfassungsänderung zu konzedieren. Nur um, wie es in der Begründung hieß, die Wahl eines liberalen Parteimannes zum Bundespräsidenten zu verhindern. Das empfanden nun wieder die Christlich-Sozialen als die schwerste Beleidigung, und so fanden heute fünf Minuten vor der Wahl alle vier Parteien der Bundesversammlung einander als verbitterte und unversöhnliche Gegner gegenüber.

In der unumstößlichen Lage waren allerdings die Großdeutschen. Sie wollten zuerst, wie die anderen drei Parteien, auch ihren eigenen Kandidaten nominieren, um so ein bißchen Demonstrationenpolitik zu machen. Aber da erfuhren sie noch rechtzeitig, daß die Sozialdemokraten ebenfalls bereit gewesen wären, für einen großdeutschen Kandidaten zu stimmen, der dann auch die Mehrheit erhalten hätte. So blieb ihnen nichts anderes übrig, als ihre Stimmen dem Kandidaten des Landbundes, dem Wiener Polizeipräsidenten Johann Schöber zu geben, den sie einmal, vor sieben Jahren, als Bundeskanzler gewählt hatten, weil er in dieser Zeit mit dem Abschluß des berühmten Vertrages von Lana mit der Tschechoslowakei angeblich die Interessen des deutschen Volkes in Oesterreich vertreten und verkauft hatte. Daß die Sozialdemokraten nicht für einen Schöber stimmen konnten, war in der